Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Speech
Kiel, 22.03.2012

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Pflegepolitische Perspektiven des Landes Schleswig-Holstein

Ich habe für den SSW mehrmals deutlich gesagt: Wenn es uns nicht bald gelingt, wesentlich mehr Ausbildungsplätze und spürbar attraktivere Arbeitsbedingungen in der Pflege zu schaffen, steuern wir auf eine Katastrophe zu. Selbst im vorliegenden Bericht der Landesregierung wird Eingangs festgestellt, dass die Zahl der Pflegebedürftigen in Schleswig-Holstein bis 2025 um circa 43 Prozent steigen wird. Und dadurch, dass sich gleichzeitig auch noch ein Rückgang des privaten Pflegepotentials abzeichnet, wird dieses Problem noch zusätzlich verschärft. Allen ist mittlerweile bewusst, wie groß die Herausforderungen sind. Für den SSW ist klar: Vor dem grundlegenden Problem, dass immer weniger Menschen im arbeitsfähigen Alter immer mehr Bedürftige versorgen müssen, dürfen wir nicht einfach die Augen verschließen. Wir müssen endlich entschlossen handeln und die Weichen dafür stellen, dass auch in Zukunft eine menschenwürdige Pflege möglich bleibt.

Wir haben hier im Landtag nicht nur wieder und wieder über die vorhandenen Probleme im gesamten Pflegebereich diskutiert. Wir haben auch wiederholt über die notwendigen Lösungsansätze für diese Probleme gesprochen. Nicht zuletzt aus diesem Grund hat der SSW von dem vorliegenden Bericht weit mehr erwartet. Schließlich soll er ausdrücklich die Perspektiven der Pflege in Schleswig-Holstein zum Inhalt haben. Statt aber konkrete Probleme und entsprechende Lösungswege aufzuzeigen, lobt sich die Landesregierung in erster Linie selbst. Ja, es kann sogar der Eindruck entstehen, dass Schleswig-Holstein hier bestens für die Zukunft gerüstet ist.

Aber ich muss deutlich sagen: Das sind wir ganz sicher nicht!

Dem Bericht nach sieht die Landesregierung ihre „Verantwortung für die Vorhaltung einer leistungsfähigen, zahlenmäßig ausreichenden und pflegerischen Versorgungsstruktur“. Es wird auf das Internetportal „Wege zur Pflege“ oder auf die Förderung von Beratungsstellen verwiesen. Daneben will sich die Landesregierung um mehr Verbindlichkeit bei der Abschätzung des Bedarfs und die Unterstützung des Kompetenzzentrums Demenz bemühen. Damit hier keine Missverständnisse aufkommen: Wir halten all diese Einzelmaßnahmen für sinnvoll und richtig. Dies gilt ausdrücklich auch für die gerade vorgestellte Landesverordnung über die Ausbildung und Prüfung in der Altenpflegehilfe. Aber all das wird nicht reichen, wenn die Landesregierung ihrer Verantwortung gerecht werden will und das Ziel einer „leistungsfähigen, zahlenmäßig ausreichenden und pflegerischen Versorgungsstruktur“ wirklich erfüllt werden soll.

Experten aus dem Pflegebereich weisen regelmäßig darauf hin, dass die Bekämpfung des Fachkräftemangels in der Altenpflege größte Anstrengungen aller Beteiligten erfordert. Auch wenn es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, das Berufsfeld der Pflege aufzuwerten und die Ausbildungssituation zu verbessern, ist hier nicht zuletzt die Landesregierung in einer besonderen Pflicht. Doch bei zentralen Themen wie der Weiterentwicklung und zukunftsfähigen Gestaltung der Pflegeausbildung oder der Finanzierung der Ausbildungskosten treten wir schlicht und einfach auf der Stelle. Auch wir sind der Auffassung, dass die Zusammenführung der Ausbildungsberufe sinnvoll ist und zum verbesserten Ansehen führen kann. Aber man darf es nicht bei der bloßen Ankündigung belassen. Wir meinen, dass die Landesregierung entschlossener handeln und auch entsprechend in Berlin auftreten muss.
Für eine deutliche Attraktivitätssteigerung sind natürlich nicht nur die Ausbildungsfinanzierung und eine bundeseinheitliche Pflegeausbildung wichtig. Auch die Einrichtung einer Kammer für Pflegeberufe wäre hier sinnvoll. Um mehr Menschen für dieses Berufsfeld zu begeistern und die Pflegefachkräfte länger in ihrem Job zu halten, braucht es aber noch mehr: Ein veränderter Personalschlüssel, ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen Pflege und Dokumentation und nicht zuletzt auch eine bessere Bezahlung sind wichtige Aspekte, wenn es tatsächlich gelingen soll, in der Zukunft eine Pflege auf hohem Niveau sicherzustellen. Und hierzu gibt es keine Alternative. Denn am Grundsatz, dass der Pflegebedürftige im Mittelpunkt steht und die Versorgung menschenwürdig sein muss, will hoffentlich keiner ernsthaft rütteln.